

# **Antworten zum Fragebogen zur Teilnahme am BIEPride 2026: SPD Bielefeld**

## **Allgemeine Haltung & Selbstverständnis**

**Welche politische Bedeutung misst ihre Partei dem CSD als Gesamtereignis bei, bestehend aus Demonstration und Straßenfest, in Hinblick auf dessen Funktion für Gleichstellung, Akzeptanz und Sichtbarkeit queerer Menschen?**

Die SPD Bielefeld versteht den CSD nicht als bloßes Event, sondern als politischen Resonanzraum der Stadtgesellschaft: auf der Straße werden Forderungen nach Gleichstellung sichtbar gemacht, auf dem Fest werden Begegnung, Zugehörigkeit und Selbstverständlichkeit queeren Lebens praktisch erfahrbar. Dass Bielefeld den CSD ausdrücklich als Parade und Straßenfest versteht, in dem für Gleichberechtigung und die Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten demonstriert wird, zeigt für die SPD Bielefeld, dass soziale Akzeptanz und politische Teilhabe zusammengehören.

**Wie positioniert sich Ihre Partei seit dem letzten CSD zu den Rechten von LSBTIQ\*-Personen konkret in Bielefeld?**

Die SPD Bielefeld hat ihre Linie öffentlich klar gemacht: Sie steht solidarisch an der Seite von LSBTIQ\*-Personen und verbindet das mit dem Anspruch, Sichtbarkeit zu stärken, Gewalt zurückzudrängen und Diskriminierung im Alltag nicht hinzunehmen. Diese Position steht in Bielefeld nicht im luftleeren Raum, sondern knüpft an kommunale Strukturen an, etwa an die seit 2018 in der Gleichstellungsstelle verankerte LSBTIQ\*-Arbeit und den fortentwickelten Aktionsplan zur Gleichstellung von LSBTIQ\* in Bielefeld.

**Welche Maßnahmen hat Ihre Partei im letzten Jahr für LSBTIQ\*-Rechte in Bielefeld ergriffen?**

Im letzten Jahr hat die SPD Bielefeld vor allem dort angesetzt, wo kommunales Handeln unmittelbar wirkt: Gemeinsam mit anderen Fraktionen wurde die Verwaltung beauftragt, ein Antidiskriminierungskonzept für die ordnungsbehördliche Arbeit zu entwickeln; vorgesehen sind dabei nicht nur ein Konzept, sondern auch regelmäßige Schulungen. Darüber hinaus hat die SPD Bielefeld öffentlich bekräftigt, dass queere Sichtbarkeit, Jugendarbeit und Schutzstrukturen weiterhin politisch unterstützt werden müssen.

# **Antworten zum Fragebogen zur Teilnahme am BIEPride 2026: SPD Bielefeld**

## **Allgemeine Haltung & Selbstverständnis**

### **Mit welchen konkreten LSBTIQ\*-Themen setzt sich ihre Partei auf kommunaler Ebene auseinander?**

Die SPD Bielefeld bearbeitet das Thema nicht nur symbolisch, sondern entlang konkreter kommunaler Felder: Antidiskriminierung im Verwaltungshandeln, Schutz vor Gewalt, queersensible Jugendarbeit, kulturelle Sichtbarkeit, barrierefreie Teilhabe, Gesundheit, Schule und Aufklärung. Dass diese Themen in Bielefeld bereits strukturell als Querschnittsaufgabe verstanden werden, zeigt sowohl der kommunale Aktionsplan LSBTI\* als auch die Sonderauswertung „NRW LSBTIQ\* inklusiv“, die Mehrfachdiskriminierung und Teilhabe ausdrücklich in den Blick nimmt.

## **Kommunale LSBTIQ\*-Politik & Schutzmaßnahmen**

### **Wie begegnet ihre Partei regional den bestehenden Lücken im Gewaltschutz für trans\*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen – insbesondere im Hinblick auf Zugang zu Schutzräumen, Beratung und Unterstützung?**

Die SPD Bielefeld sieht hier nicht zuerst ein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem: Schutzräume, Beratungsangebote und Hilfesysteme sind vielerorts noch zu binär organisiert oder nicht ausreichend erreichbar. Deshalb setzt sie auf den Ausbau queersensibler Schutz- und Beratungsstrukturen, die Öffnung bestehender Einrichtungen für TIN\*-Personen und die bessere Vernetzung von Hilfsangeboten wie Aidshilfe, FraZe, Peerberatung und spezialisierten Beratungsstellen.

# **Antworten zum Fragebogen zur Teilnahme am BIEPride 2026: SPD Bielefeld**

## **Kommunale LSBTIQ\*-Politik & Schutzmaßnahmen**

**Welche konkreten Maßnahmen setzt Ihre Partei auf kommunaler Ebene in Bielefeld zum Schutz von LSBTIQ\*-Personen um (z. B. Antidiskriminierungsprogramme, Beratungsstellen, Schutzräume), vor dem Hintergrund, dass entsprechende Bundesprogramme bzw. -stellen (Respekt\*OWL) inzwischen beendet wurden, der tatsächliche Bedarf vor Ort jedoch weiterhin besteht?**

Die SPD Bielefeld will den Wegfall einzelner Projekte nicht mit allgemeinen Bekenntnissen beantworten, sondern mit kommunaler Stabilität. Nach dem Ende von RespektOWL kommt es aus Sicht der SPD Bielefeld darauf an, vorhandene lokale Strukturen zu sichern und besser miteinander zu verzahnen: die LSBTIQ-Arbeit der Gleichstellungsstelle, die Beratungslandschaft rund um Aidshilfe, Queer\*Connect, FraZe und Peergruppen sowie das kommunale Antidiskriminierungshandeln, das zuletzt mit dem Konzept für die ordnungsbehördliche Arbeit konkretisiert wurde.

**Welche Bereiche der queeren Infrastruktur (z.B. Beratung, Jugendarbeit, Schutzräume, Prävention) müssen aus ihrer Sicht zwingend vollständig erhalten oder ausgebaut werden - auch bei angespannten Haushalten?**

Die SPD Bielefeld hält vor allem vier Bereiche für unverzichtbar: niedrigschwellige Beratung, verlässliche queere Jugendarbeit, Gewaltschutz sowie Präventions- und Bildungsarbeit. Gerade weil Projektförderungen auslaufen können, müssen Safer Spaces wie YAY oder mosaik, psychosoziale Beratungsangebote und aufklärende Formate wie SCHLAU als Teil kommunaler Daseinsvorsorge verstanden und nicht als entbehrliche Zusatzangebote behandelt werden.

# **Antworten zum Fragebogen zur Teilnahme am BIEPride 2026: SPD Bielefeld**

## **Kommunale LSBTIQ\*-Politik & Schutzmaßnahmen**

**Welche kommunalen Handlungsmöglichkeiten nutzt ihre Partei aktiv, um Abschiebungen besonders schutzbedürftiger queerer Personen zu verhindern oder auszusetzen?**

Die SPD Bielefeld bleibt hier bewusst rechtlich präzise: Kommunalpolitik entscheidet nicht über das Asylsystem, hat aber Einfluss auf den Umgang im Einzelfall. Entscheidend sind aus ihrer Sicht eine sensible Prüfung durch die kommunale Ausländerbehörde, die enge Zusammenarbeit mit spezialisierten Beratungsstellen wie queer refugees support sowie – wo angezeigt – die Unterstützung bei Verfahren, in denen humanitäre Härten über landesrechtliche Instrumente wie die Härtefallkommission geltend gemacht werden können.

## **Bildung, Jugend & Aufklärung**

**Welche Maßnahmen unterstützt Ihre Partei in Bielefeld für eine inklusive und queersensible Sexuaufklärung sowie eine stärkere Präventionsarbeit an Schulen?**

Die SPD Bielefeld setzt hier auf alltagstaugliche und schulnahe Strukturen statt auf abstrakte Appelle. Sie unterstützt insbesondere Projekte wie SCHLAU Bielefeld, das Workshops zu geschlechtlicher, sexueller und romantischer Vielfalt für Schulen und Jugendeinrichtungen anbietet, und bezieht sich dabei ausdrücklich auf das Leitbild einer Schule der Vielfalt.

**Wie wollen Sie queere Jugendliche in Bielefeld besser vor Diskriminierung, Mobbing und Hass im schulischen, freizeitbezogenen und digitalen Umfeld schützen?**

Die SPD Bielefeld will Schutz nicht erst dann organisieren, wenn etwas eskaliert, sondern früher ansetzen: durch Aufklärung, verlässliche Ansprechpersonen, queere Jugendorte und digitale Prävention. Dafür gibt es in Bielefeld bereits wichtige Bausteine – etwa SCHLAU in Schulen, YAY und mosaik als Safer Spaces sowie Angebote zur Sensibilisierung gegen Cybermobbing –, die aus Sicht der SPD Bielefeld ausgebaut und dauerhaft abgesichert werden müssen.

# **Antworten zum Fragebogen zur Teilnahme am BIEPride 2026: SPD Bielefeld**

## **Gesundheitsversorgung & Soziale Gerechtigkeit**

**Gibt es konkrete kommunale oder politische Pläne zur Verbesserung der psychologischen und psychosozialen Versorgung für queere Jugendliche und Erwachsene, insbesondere vor dem Hintergrund von fehlenden Beratungsstellen, langen Wartezeiten und Kürzungen im Bereich therapeutischer Angebote?**

Die SPD Bielefeld sieht die Versorgungslage als eine der größten praktischen Lücken: Es gibt in Bielefeld zwar einzelne gute Angebote, aber kein durchgängig leicht zugängliches, verlässliches und für alle Lebenslagen ausreichend ausgebautes System. Deshalb setzt sie auf eine bessere kommunale Lotsenfunktion, schnellere Erstberatung, engere Verzahnung zwischen psychosozialer Beratung, Peerangeboten und spezialisierten Gesundheitsangeboten sowie auf die politische Absicherung dieser Strukturen.

**Wo sieht Ihre Partei aktuell die größten Lücken im Bereich Gesundheit und gesellschaftlicher Teilhabe queerer Menschen und welche konkreten Maßnahmen sollen diese schließen?**

Die SPD Bielefeld sieht die Versorgungslage als eine der größten praktischen Lücken: Es gibt in Bielefeld zwar einzelne gute Angebote, aber kein durchgängig leicht zugängliches, verlässliches und für alle Lebenslagen ausreichend ausgebautes System. Deshalb setzt sie auf eine bessere kommunale Lotsenfunktion, schnellere Erstberatung, engere Verzahnung zwischen psychosozialer Beratung, Peerangeboten und spezialisierten Gesundheitsangeboten sowie auf die politische Absicherung dieser Strukturen.

# Antworten zum Fragebogen zur Teilnahme am BIEPride 2026: SPD Bielefeld

## Rechtliche Gleichstellung & Verwaltungsfragen

**Falls das Selbstbestimmungsgesetz zurückgenommen oder verschärft werden sollte: Welche konkreten politischen und kommunalen Schutzmechanismen würden Sie in Bielefeld für trans\*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen schaffen?**

Die SPD Bielefeld unterstützt die Weiterführung des Selbstbestimmungsgesetzes ausdrücklich und betrachtet es als wichtige Errungenschaft. Sollte es bundespolitisch zu Rückschritten kommen, will die SPD Bielefeld auf kommunaler Ebene gegenhalten – mit respektvollen Verwaltungsstandards, der konsequenten Nutzung von Wunschnamen und Pronomen, diskriminierungssensiblen Verfahren in Schule und Jugendhilfe sowie mit gesicherten Beratungs- und Peerstrukturen für TIN\*-Personen.

**Unterstützt Ihre Partei eine Erweiterung von Artikel 3 Grundgesetz, sodass sexuelle und geschlechtliche Identität explizit als Schutzmerkmal aufgenommen werden?**

Die SPD Bielefeld bewertet eine Ergänzung des Grundgesetzes positiv, weil sie den Schutz queerer Menschen verfassungsrechtlich klarer und widerstandsfester machen würde. Diese Linie entspricht der Position von SPDqueer, die die Aufnahme der sexuellen Identität in Artikel 3 GG ausdrücklich fordert; zugleich hat Nordrhein-Westfalen die Bundesratsinitiative zur Ergänzung des Diskriminierungsschutzes mitgetragen.

# **Antworten zum Fragebogen zur Teilnahme am BIEPride 2026: SPD Bielefeld**

## **Öffentliche Unterstützung & Symbolik**

**Wie steht Ihre Partei zu einer Weiterentwicklung oder inhaltlichen Fortführung des "Aktionsplans Queeres Leben", der zwar laut Bundesregierung als beendet gilt, aus Sicht vieler queerer Initiativen, wie auch BIE Queer e.V., jedoch weiterhin als politisch notwendig angesehen wird?**

Die SPD Bielefeld hält eine inhaltliche Fortführung für notwendig, weil der politische Bedarf offenkundig nicht beendet ist, nur weil ein Förderprozess formal abgeschlossen wurde. Der Bund hat den Aktionsplan 2026 zwar als planmäßig abgeschlossen eingeordnet, zugleich fordern Verbände und queerpolitische Strukturen weiterhin seine Verstärkung – und für eine Stadt wie Bielefeld, die auf verlässliche Förder- und Schutzrahmen angewiesen ist, ist diese Debatte unmittelbar relevant.

**Wie wollen Sie sicherstellen, dass der CSD und andere queere Kulturveranstaltungen in Bielefeld nicht nur symbolisch unterstützt, sondern langfristig finanziell, organisatorisch und sicherheitspolitisch abgesichert werden?**

Die SPD Bielefeld setzt auf drei Ebenen: verlässliche Förderzugänge, bessere organisatorische Unterstützung des Ehrenamts und klare Sicherheitsabsprachen mit Stadt und Polizei. Dass in Bielefeld queere Kulturprojekte wie der CSD-Fachtag und die Ausstellung zur queeren Erinnerungskultur bereits gefördert wurden und dass Stadt und Polizei beim CSD sichtbar kooperieren, zeigt, dass eine dauerhafte Absicherung möglich ist – sie muss nur politisch priorisiert werden.

# **Antworten zum Fragebogen zur Teilnahme am BIEPride 2026: SPD Bielefeld**

## **Öffentliche Unterstützung & Symbolik**

**Welche konkreten kommunalen Prioritäten setzt Ihre Partei, um sicherzustellen, dass intersektionale Perspektiven in der lokalen Ausgestaltung von "Demokratie leben!" erhalten, sichtbar und wirksam werden?**

Die SPD Bielefeld will Intersektionalität nicht als Randnotiz behandeln, sondern als Maßstab der Förderpraxis. Dafür spricht schon die lokale Ausgangslage: Die Bielefelder Partnerschaft für Demokratie nennt ausdrücklich LSBTIQ\*, Menschen mit Migrationsgeschichte und Menschen mit Diskriminierungserfahrungen als Zielgruppen; die Sonderauswertung „NRW LSBTIQ\* inklusiv“ zeigt zudem, dass Mehrfachdiskriminierung in Bielefeld bereits als kommunale Aufgabe erkannt wurde.

## **Transparenz & Verpflichtung**

**Wie wird innerparteilich sichergestellt, dass queere Mitglieder ihrer Partei repräsentiert und gehört werden?**

Die SPD Bielefeld stellt sicher, dass queere Perspektiven innerhalb der Partei nicht nur formal berücksichtigt, sondern tatsächlich sichtbar und wirksam eingebracht werden. Dafür gibt es mehrere Ebenen: Zum einen sind queere Themen durch engagierte Mitglieder und auch durch queere Funktionsträger\*innen in der Partei selbst vertreten und werden aktiv in politische Prozesse eingebracht. Zum anderen besteht mit SPDqueer eine etablierte Struktur zur Interessenvertretung, die gezielt queerpolitische Anliegen bündelt und in die Partei hineinträgt.

Ergänzend übernimmt in Bielefeld insbesondere die Arbeitsgemeinschaft der Frauen (ASF) eine wichtige Rolle. Sie greift Fragen von Gleichstellung, geschlechtlicher Vielfalt und Diskriminierung kontinuierlich auf, bringt sie in innerparteiliche Diskussionen ein und sorgt dafür, dass diese Themen auch öffentlich sichtbar bleiben. Dadurch entsteht eine dauerhafte fachliche und politische Verankerung queerpolitischer Anliegen über einzelne Projekte hinaus.

# **Antworten zum Fragebogen zur Teilnahme am BIEPride 2026: SPD Bielefeld**

## **Transparenz & Verpflichtung**

**Welche weiteren konkreten und messbaren Schritte wird Ihre Partei in den kommenden Jahren auf kommunaler Ebene umsetzen, um die Sichtbarkeit, Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe queerer Menschen vor Ort zu stärken?**

Die SPD Bielefeld setzt in den kommenden Jahren vor allem auf Verstetigung statt Projektlogik: bestehende Beratungs- und Schutzstrukturen sollen verlässlicher finanziert, queere Jugendarbeit soll dauerhaft abgesichert, Antidiskriminierungsstandards in der Verwaltung ausgebaut und die Zusammenarbeit zwischen Gleichstellungsstelle, Zivilgesellschaft und Hilfesystemen enger organisiert werden. Ziel ist nicht nur mehr Sichtbarkeit an einzelnen Aktionstagen, sondern eine Stadt, in der queere Menschen im Alltag sicher, adressiert und selbstverständlich mitgedacht werden – in Schule, Kultur, Verwaltung, Gesundheit und öffentlichem Raum.